

Medienmitteilung

Bundesrat will Heiratsstrafe abschaffen

Wichtige Anliegen der BDP erhält grünes Licht: Steuerbelastung darf nicht Lebensform bestimmen

Die Bürgerlich-Demokratische Partei der Schweiz BDP ist erfreut, dass der Bundesrat die Volksinitiative **Für Ehe und Familie gegen die Heiratsstrafe, die die CVP Ende letztes Jahr eingereicht hat, zur Annahme empfiehlt. Die BDP will wie der Bundesrat die **Heiratsstrafe** beseitigen.**

Bereits in der Sommersession 2011 hat die BDP in einem [Fraktionspostulat](#) verlangt, dass die **Heiratsstrafe** abgeschafft und eine lebensformunabhängige Besteuerung eingeführt wird. Nach wie vor gibt es im Bereich Ehepaarbesteuerung sowie grosse Ungerechtigkeiten. Es ist grundsätzlich falsch und wird der gesellschaftlichen Entwicklung nicht gerecht, wenn das Steuergesetz bzw. die steuerliche Belastung die Lebensform und den Zivilstand eines Paares bestimmen. Die BDP ist in ihrem Postulat sogar noch einen Schritt weitergegangen und fordert auch zivilstandsunabhängige Renten. Auch hier gilt es vergleichbare Ungerechtigkeiten im Bereich von AHV, Sozialversicherungen und BVG zu hinterfragen.

Die BDP wird die vom Bundesrat vorgeschlagenen möglichen Modelle der Umsetzung, beispielsweise mittels Individualbesteuerung oder mittels Vollsplitting aus der Welt schaffen, in den nächsten Wochen näher ansehen. Mit der Abschaffung der Heiratsstrafe können gleichzeitig der Mittelstand und junge Familien steuerlich entlastet werden.

Auskunft:

NR Martin Landolt, 079 620 08 51

NR Hansjörg Hassler, 079 438 50 53

23.10.2013